



Teure Mission mit absehbarem Ende: Bei seinem ersten Besuch als US-Präsident im Irak umarmt Barack Obama (r.) US-Soldaten im Camp Victory in Bagdad. Nach sechs Jahren Krieg und 4266 toten GIs sei es Zeit, dass die irakische Regierung selbst die Zuständigkeit für die Sicherheit im Land übernehme, sagte Obama

Obama wrackt Rüstungsprojekte ab

Prestigeprogramme der Industrie gekürzt · Fokus auf Guerillakriege · Kampf gegen ausufernde Kosten in Beschaffung

VON MARINA ZAPF, BERLIN,
UND GERHARD HEGMANN, MÜNCHEN

US-Präsident Barack Obama macht ernst mit seiner Ankündigung, das gigantische Verteidigungsbudget umzukrempeln. Nach vielen goldenen Jahren für die amerikanische Rüstungsindustrie unter Vorgänger George Bush zeichnen sich drastische Kürzungen bei einigen Großprojekten ab. Verteidigungsminister Robert Gates kündigte Streichungen bei traditionellen Kriegswaffen wie dem geplanten Hightechkampfsystem des Heeres an. Dagegen sollen Programme für eine flexiblere Kriegsführung gegen Terroristen gestärkt werden, die etwa wie in Afghanistan – zusätzliche Aufklärung durch unbemannte Drohnen erfordert. „Wir ziehen die Lehren unserer Erfahrungen aus dem Irak und Afghanistan“, sagte Gates.

Hinter der Reform, gegen die sich im amerikanischen Kongress und in der Rüstungslobby erhebliche Widerstände formieren, stehen dreierlei Überlegungen: Zum einen geht es um eine neue militärstrategische Ausrichtung. Die amerikanische Kriegsmaschinerie soll weniger stark auf konventionelle Kriegsführung eingestellt werden als auf zunehmende Konflikte mit Aufständischen. Zum zweiten soll die Zahl der Soldaten steigen, die sie sollen besser bezahlt werden. Das ist wiederum nur möglich, wenn Kostenexplosionen bei laufenden und künftigen Rüstungsprogrammen vermieden werden.

Die geplanten Einsparungen im Haushaltsentwurf 2010, die in den kommenden Monaten im Kongress beraten werden, lassen kaum ein US-Unternehmen der Branche ungeschoren. „Viele dieser Entscheidungen werden zweifellos umstritten sein“, räumte Gates am Montag ein. Er hoffe aber, dass die Abgeordneten und Senatoren über ihre „Kirchturminteressen“ hinauswachsen würden. Es gehe darum, „kritisch und brachial“ den Appetit Einzelner von den wahren Bedürfnissen der Streitkräfte zu trennen. Damit

legt sich der Verteidigungsminister mit der Rüstungslobby an, die vor allem an mehrjährigen aufwendigen Hightechprogrammen interessiert ist. Solche Aufträge sichern den Konzernen eine langfristige Auslastung.

Das Verteidigungsbudget war unter Bush kontinuierlich um mehr als fünf Prozent jährlich gewachsen. Auch mit solchen Steigerungsraten hat Obama nun gebrochen. Für das Jahr 2010 ist eine inflationsbereinigte Steigerung um 1,7 Prozent vorgesehen. Das Pentagon beantragte 534 Mrd. \$ – das sind laut Verteidigungsexperten nur 9 Mrd. \$ mehr, als 2008 bewilligt wurden.

Eines sei klar, analysiert Christopher Hellman auf der Website des Washingtoner Center for Arms Control: „Die militärische Führung, die gewohnt war, in Haushaltsfragen ihren Kopf durchzusetzen, erhält ein klares Signal, dass die Ära unkontrollierter Ausgaben des Pentagon sich ihrem Ende nähert.“ Den Rotstift könne Obama nämlich im Grunde nur bei den Ausgaben für die Rüstungsbeschaffung ansetzen. Alles andere – etwa beim Personal oder der aktiven Kriegsführung – wäre während der andauernden Konflikte im Irak und in Afghanistan „politischer Selbstmord“. Zukunftsgerichtete Großprojekte könnten am ehesten abspecken.

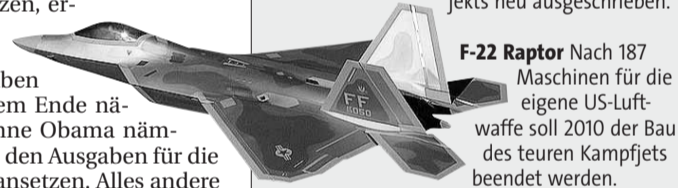
Die Streich- und Änderungsliste von Gates würde besonders den US-Konzern Boeing treffen, nach Lockheed Martin der zweitgrößte Lieferant für das Pentagon. Boeing hat die Führung im Future Combat System (FCS). Mit diesem 160 Mrd. \$ teuren Programm soll das US-Heer ein vernetztes System aus bemannten und unbemannten Fahrzeugen und Waffen bekommen, die Daten mit Flugzeugen und Drohnen austauschen. Gates will den Fahrzeug- und Kanonenteil im Wert von 87 Mrd. \$ komplett neu ausschreiben.

Ein Rückschlag für Boeing ist auch der von Gates verkündete Abnahmestopp für 205 Maschinen des großen Transportflug-

SO NICHT BESTELLT



Future Combat Systems Das US-Heer soll ein topmodernes, technisch vernetztes Waffensystem mit bemannten und unbemannten Fahrzeugen erhalten. Jetzt wird ein Teil des Projekts neu ausgeschrieben.



F-22 Raptor Nach 187 Maschinen für die eigene US-Luftwaffe soll 2010 der Bau des teuren Kampfflugszeuges beendet werden.

Präsidentenhubschrauber Die Kosten sind doppelt so hoch wie geplant. Der Bau der Maschinen soll neu ausgeschrieben werden.



zeuges C-17 im Jahr 2010. Fraglich ist, welche Zusatzaufträge Boeing durch Exporte noch hereinholen kann. So gibt es Interesse aus Großbritannien und aus Frankreich als Alternative oder Ergänzung für das verspätete A400M-Programm der Europäer. Gates strich Boeing auch den zweiten Prototypen für eine Laserwaffe in einem Jumbojet, die anliegende feindliche Raketen zerstören soll.

Offen ist für den Konzern auch der Ausgang der Neuausschreibung für Tankflugzeuge. Gates will im Sommer eine neue Runde starten, an dem sich neben Boeing vermutlich auch wieder Northrop Grumman/EADS beteiligen werden. Das transatlantische Bündnis hatte die erste Ausschreibung gewonnen. Boeing hat versucht, so lange wie möglich eine Neuausschreibung hinauszuzögern, um eigene Entwicklungen voranzutreiben.

Zu den Gewinnern gehört der Boeing-Konkurrent Lockheed Martin. Der US-Konzern muss zwar mit einer gedeckelten Stückzahl für das Kampfflugzeug F-22 rechnen, gleichzeitig wird aber die Abnahme des in internationaler Kooperation gebauten Kampfflugzeugs F-35 (Joint Strike Fighter) ausgebaut. 2010 soll das Budget für das F-35-Modell um 65 Prozent auf 11,2 Mrd. \$ erhöht werden.

Einen politischen Bruch sehen Rüstungsanalysten auch in den neuen Beschaffungsregeln, die Obama im Weißen Haus in Auftrag gegeben hat. Er möchte das gesamte Verfahren straffen. Eine Kritik an Bush lautete, er habe viele Rüstungsgeschäfte ohne Wettbewerb von privaten Dienstleistern vergeben lassen. Eine Reihe davon sei direkt an Industriebetriebe in Wahlkreisen ausgewählter Politiker gegangen. Verteidigungsminister Gates sprach nun von einer „grundlegenden Reform“, wie Waffensysteme geplant und angeschafft würden. Ob Kostenexplosionen so zu vermeiden sind, bezweifeln Experten aber. Obama möchte in seinem Feldzug gegen Verschwendung 40 Mrd. \$ einsparen.

KOPF DES TAGES | Seite 2

Castro empfängt US-Abgeordnete in Kuba

Ranghöchster Besuch aus Amerika seit Jahrzehnten

VON MATTHIAS KNECHT, MEXIKO-STADT

In die seit Jahrzehnten festgefahrenen Beziehungen zwischen Kuba und den USA ist Bewegung gekommen. Kubas Staatspräsident Raúl Castro empfing am Montag (Ortszeit) in Havanna sieben US-Parlamentarier.

Direkte Gespräche zwischen Politikern dieses Ranges hatte es zwischen den beiden Ländern seit fast 50 Jahren nicht mehr gegeben. Dabei ging es laut Kubas Staatspresse um die „mögliche zukünftige Entwicklung der bilateralen Beziehungen“. Der US-Kongress hat zwar Lockerungen einiger Beschränkungen für Reisen und Überweisungen nach Kuba beschlossen. Die Aufhebung des jahrzehntealten Wirtschaftsembargos gegen die kommunistische Insel lehnt Washington jedoch nach wie vor ab.

Die Abgeordneten des afroamerikanischen linken Flügels der Demokratischen Partei sind seit Freitag in Kuba. Ihre Sprecherin, Barbara Lee, betonte, auf persönliche

Initiative zu reisen und keine konkreten Forderungen oder Angebote der US-Regierung zu überbringen.

Kubas Ex-Staatschef Fidel Castro begrüßte in einem gestern in der kommunistischen Parteizeitung „Granma“ veröffentlichten Artikel die Geste der US-Parlamentarier. „Wir haben keine Angst vor einem Dialog mit den Vereinigten Staaten“, schrieb der 82-Jährige. Unklar war, ob sich die Parlamentsgruppe auch mit Fidel Castro treffen wird.

In den USA mehren sich die Forderungen nach einer pragmatischeren Kuba-Politik – auch im republikanischen Lager. So bezeichnete der republikanische Senator Richard Lugar das seit 1962 bestehende Embargo als gescheitert und forderte Obama auf, einen Sondergesandten für Kuba zu ernennen. Jeffrey Davidow, Berater der US-Regierung für den kommenden Amerika-Gipfel in Trinidad, deutete bereits weitere Änderungen in Washingtons Kuba-Politik an. Die Position gegenüber Kuba befindet sich in einer „strategischen Revision“.

EU sorgt sich um Moldawien

Proteste gegen angebliche Wahlmanipulation eskalieren · Mehrheit für Kommunisten

VON NILS KREIMEIER, BERLIN

Die Ausschreitungen in der moldawischen Hauptstadt Chisinau haben Sorgen in der Europäischen Union und Russland ausgelöst. EU-Chefdiplomat Javier Solana rief dazu auf, „Gewalt gegen Regierungsgebäude“ zu unterlassen, zugleich aber auch die Demonstrationen zu gewährleisten. Das russische Außenministerium zeigte sich „beunruhigt“ angesichts der Eskalation.

Mit den Randalen im bettelarmen Moldawien wird die politische Lage der östlichen EU-Nachbarn zunehmend instabil. Nach dem vom Krieg versehrten Georgien und der wirtschaftlich extrem angeschlagenen Ukraine rutscht damit ein weiteres Land der „Östlichen Partnerschaft“ der EU in tiefe Probleme. Die Gemeinschaft will das neue Nachbarschaftsprogramm auf einem Gipfel im Mai offiziell auf den Weg bringen.

Auslöser der Ausschreitungen gestern war das Ergebnis der Parlamentswahl vom Wochenende. Eine Demonstration gegen Präsidentin Voronin und dessen kommunistische Partei schlug in offene Gewalt um. Der Staatschef sprach von einem versuchten „Staatsstreich“. Die Anfechtung der Wahl sei nur ein Vorwand für Ausschreitungen.

„Die Demonstrationen sind außer Kontrolle geraten“

Nadine Gogu, Zentrum für unabhängigen Journalismus

Die moldawische Opposition wirft den regierenden Kommunisten vor, die Wahl manipuliert zu haben. Nach ersten Hochrechnungen errang die Partei 50 Prozent der Stimmen. Das würde ihr eine Mehrheit im Parlament garantieren, die die Opposition im Internet verabredet, um einen neuen Präsidenten zu wählen. Staatschef Voronin darf nach zwei Amtszeiten nicht mehr antreten, hat aber deutlich gemacht, dass er weiter politisch aktiv bleiben möchte.

Die moldawische Regierung schwankt seit Jahren zwischen ihrem Fernziel eines EU-Beitritts und

einer erneuten Annäherung an Russland. Ein Teil des Landes zwischen der Ukraine und Rumänien wird von einer russischsprachigen Minderheit kontrolliert, die gute Beziehungen zu Moskau unterhält.

Beobachter vermuten, dass die Lage der Opposition entglitten ist. „Es scheint, dass da zwei getrennte Aktionen ablaufen – eine gut organisierte und eine, von der wir nicht wissen, wer dahintersteht“, sagte Nicolae Panfil, Leiter der „Koalition 2009“, der FTD. Das Bündnis von Nichtregierungsorganisationen hatte den Verlauf der Wahl überwacht. Nadine Gogu vom Zentrum für unabhängigen Journalismus in Chisinau geht davon aus, „dass die Situation außer Kontrolle geraten ist“. „Die Jugendlichen haben sich unabhängig von der Führung der Opposition im Internet verabredet“, sagte sie.

Vertreter mehrerer Oppositionsparteien trafen sich am Abend mit Präsidentin Voronin. Nach Angaben der russischen Nachrichtenagentur Ria Nowosti wurde dabei vereinbart, die Stimmen ein zweites Mal auszuzählen.

Perus Ex-Präsident wegen Mordes verurteilt

Ein Gericht in Perus Hauptstadt Lima hat gestern den ehemaligen Präsidenten Alberto Fujimori für schuldig befunden, schwere Menschenrechtsverstöße begangen zu haben und zu 25 Jahren Gefängnis verurteilt. Im Zentrum des Prozesses stand ein Massaker einer peruanischen Spezialeinheit in einer Vorstadt von Lima. Die Polizisten hatten 15 Zivilisten, darunter Kinder, getötet. Dem Gericht zufolge ist Fujimori direkt für das Verbrechen und weitere Morde und Entführungen der Sicherheitskräfte im Kampf gegen linke Rebellen und Terroristen während seiner Amtszeit verantwortlich. Dem Ex-Präsidenten, der 2000 zunächst nach Japan geflohen war und später seinen Rücktritt per Fax eingereicht hatte, drohen bis zu 30 Jahre Haft. In Japan war er wegen seiner japanischen Staatsbürgerschaft vor einer Auslieferung an Peru sicher; 2005 reiste er jedoch nach Chile, wo er festgenommen und später ausgeliefert wurde. Fujimori sitzt derzeit eine sechsjährige Haftstrafe wegen Amtsmissbrauchs ab. In Teilen der Bevölkerung ist der Politiker nach wie vor populär. Unter den Kandidaten für die Präsidentschaftswahl 2011 führt derzeit seine Tochter Keiko. Sie kündigte an, ihren Vater zu begnadigen, sollte sie Präsidentin werden. AP/FTD

Israel übt Abschuss iranischer Raketen

Israel hat nach Angaben des Verteidigungsministeriums gestern erfolgreich eine Abwehrrakete vom Typ Arrow II getestet. Aus Verteidigungskreisen verlautete, bei dem Test sei über dem Mittelmeer eine Zielrakete abgeschossen worden, die eine iranische Rakete des Typs Shehab habe simulieren sollen. Es sei bereits der 16. Test einer Arrow-Rakete gewesen, berichtete Radio Israel. Das israelische Abwehrprogramm richtet sich gegen befürchtete Angriffe aus dem Iran und aus Syrien. Es wird von den USA mitfinanziert. In Israel sind mindestens zwei Arrow-Batterien stationiert. REUTERS

Regierungschef in Thailand angegriffen



Einen Tag vor einer angekündigten Großkundgebung haben Regierungsgegner in Thailand gestern den Wagen von Ministerpräsident Abhisit Vejjajiva angegriffen. Dabei wurden einige Scheiben des Wagens zertrümmert. Abhisit blieb aber unverletzt. Mithilfe einer außerparlamentarischen Protestwelle hatte Abhisit im vergangenen Dezember die damalige Regierung gestürzt und sich anschließend selbst zum Regierungschef wählen lassen. Vor allem die internationale Wirtschaftskrise ließ seine Hoffnung platzen, dass die Opposition nach seinem Amtsantritt zerfallen würde. Die von ihm gestürzte Regierung der Peoples Power Party (PPP) hatte bei der Wahl 2007 die Mehrheit geholt und genießt auch heute breite Unterstützung im Volk. Seit einer Woche belagern nun Abhisits Gegner dessen Amtssitz in Bangkok. Heute wollen die sogenannten „Roten Hemden“ 100 000 Anhänger in die Hauptstadt bringen und den Rücktritt der Regierung verlangen. Die Demonstranten unterstützen den 2006 vom Militär gestürzten Premierminister Thaksin Shinawatra, der vor seinen Anhängern die Rückkehr in die thailändische Politik angekündigt hat. DPA

Franzosen unterstützen Geiselnahmen von Chefs

Fast jeder zweite Franzose findet es akzeptabel, wenn von der Entlassung bedrohte Arbeitnehmer ihre Chefs aus Protest als „Geiseln“ nehmen. In den letzten Wochen waren Topmanager von Firmen wie Sony, Caterpillar und 3M von aufgebracht Arbeitnehmern über Nacht festgehalten worden. 45 Prozent der Franzosen und sogar 56 Prozent der Arbeiter billigten dieses Vorgehen, so eine Umfrage des Instituts CSA. Am geringsten war die Akzeptanz bei den Anhängern der regierenden Rechten mit 29 Prozent. DPA